



26. Juli 2012

Stellungnahme der DPV zu Rechtsextremismus und Fremdenhass

Die Enttarnung der rechtsextremen Terrorzelle NSU (nationalsozialistischer Untergrund) und die Aufdeckung der von ihr verübten Morde an Menschen mit Migrationshintergrund haben die Aufmerksamkeit der deutschen Öffentlichkeit auf den Rechtsextremismus gelenkt. Dass die vom NSU verübten Taten in Deutschland nicht vereinzelt stehen, wird durch jährlich mehr als 12.000 Straftaten mit rechtsextremem und ausländergefeindlichem Hintergrund belegt, darunter 500 - 600 Gewalttaten.

Rechtsextreme Gewaltbereitschaft beruht nach sozial- und politikwissenschaftlichen Untersuchungen auf gesellschaftlichen Desintegrationserfahrungen und -ängsten. Sie entstehen aus deprivierenden ökonomischen Entwicklungen, verschärft im Gefolge der Globalisierung, mit der Herausbildung eines Prekariats, das auf Dauer vom wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Wohlstand ausgeschlossen bleibt. Diese Entwicklung weckt Gefühle der Benachteiligung, Unzufriedenheit, Angst vor Prestigeverlust und Aggressionen gegen die vermeintlich Schuldigen, die Migranten. Ein anderer wichtiger Aspekt ist den Untersuchungen zufolge der „autoritäre“ Charakter der Rechtsextremen. In dieser Stimmung entstehe der Wunsch nach einem „starken Führer“, der Gemeinschaft, Geborgenheit, Sicherheit, Ruhe und Ordnung verspricht.

Um diese Prozesse zu verstehen und angemessene Strategien des Umgangs mit destruktiver Gewalt entwickeln zu können, sind auch psychologische Verstehensansätze wichtig. Die Psychoanalyse kann dabei die verborgenen unbewussten Motive der Hinwendung zum Rechtsextremismus erkennen und diese Erkenntnisse für die Präventionsarbeit nutzen.

Transgenerationale und sozialstrukturelle Weitergabe

Psychoanalytiker haben in Behandlungen der Kinder und Enkelkinder von Holocaustopfern die transgenerationale Weitergabe traumatischer Erfahrungen gefunden. Ähnliche transgenerationale Weiterreichungen finden sich auch für Gewaltfixierungen, die in autoritären Familienstrukturen erfolgen, in denen Gewalt als legitimes Erziehungsmittel gilt. Es ist bekannt, dass Menschen, die als Kinder Gewalt erfahren haben, später in einer unbewussten Identifizierung mit dem Aggressor selbst eher zur Ausübung von Gewalt neigen als Menschen ohne solche Gewalterfahrungen. Die erlittene Gewalt und die Ohnmachtsgefühle werden erträglicher, wenn das Kind sich vorstellt, selbst der Aggressor sein zu können. Die erlittene Gewalt und Ohnmachtserfahrung wird in einer Umkehr der Beziehungen an andere, meistens Schwächere und als unterlegen Betrachtete weitergegeben, die früheren Gefühle der Hilflosigkeit und Ohnmacht werden dabei von einem neuen Gefühl der Stärke und Überlegenheit vorübergehend ausgelöscht. In diesem Prozess kann eine autoritäre Weltanschauung transgenerational übernommen werden. Sie schafft die Bereitschaft, autoritäre soziale Strukturen an anderer

GESCHÄFTSFÜHRENDER VORSTAND

VORSITZENDER

Dr. rer. soc. Dipl.-Psych.
Christoph E. WALKER
Ulrichweg 14
72119 Ammerbruch
Telefon +49-(0) 7073-51 42
Telefax +49-(0) 7073-50 01 95
vorsitzender@dpv-psa.de

STELLVERTRETENDER VORSITZENDER

Dr. phil. Dipl.-Psych.
Rainer PAUL
Kapellenstraße 78
65193 Wiesbaden
Telefon +49-(0) 611-5 90 09 65
Telefax +49-(0) 611-5 99 04 44
incoming@dpv-psa.de

STELLVERTRETENDER VORSITZENDER

Prof. Dr.
Martin TEISING
Ludwig-Braun-Straße 13
36251 Bad Hersfeld
Telefon +49-(0) 6621-91 50 33
Telefax +49-(0) 6621-7 48 57
outgoing@dpv-psa.de

WISSENSCHAFTLICHE SEKRETÄRIN

Dipl.-Psych. Gudrun HESS
Berolfweg 47
69123 Heidelberg
Telefon +49-(0) 6221-48 51 03
Telefax +49-(0) 6221-48 51 04
sekretaer@dpv-psa.de

SCHATZMEISTERIN

Dipl.-Psych. Maria JOHNE
Schwägrichenstraße 13
04107 Leipzig
Telefon +49-(0) 341-4 24 90 01
schatzmeister@dpv-psa.de

LEITER ZENTRALER AUSBILDUNGS-AUSSCHUSS

Dr. med. Heribert BLAß
Neubrückstraße 4
40213 Düsseldorf
Telefon +49-(0) 211-32 65 30
Telefax +49-(0) 211-2 71 74 90
leiter-zaa@dpv-psa.de

STELLVERTRETENDE LEITERIN ZENTRALER AUSBILDUNGS-AUSSCHUSS

Dipl.-Psych.
Angelika STAEBLE
Annastraße 28
64285 Darmstadt
Telefon +49-(0) 6151-2 16 38
Telefax +49-(0) 6151-27 21 40
a.staehle@t-online.de

DEUTSCHE PSYCHOANALYTISCHE VEREINIGUNG E.V.

Geschäftsstelle ✧ Körnerstr. 11 ✧ 10785 Berlin ✧ Telefon +49-(0)30-26 55 25 04 ✧ Telefax +49-(0)30-26 55 25 05

Sekretariat Daniela Dutschke ✧ Email: geschaeftsstelle@dpv-psa.de

Ausbildungsausschuss ✧ Wingertsheide 69 ✧ 51427 Bergisch Gladbach ✧ Telefon +49-(0)2204-6 92 44 ✧ Telefax +49-(0)2204-2 22 42

Sekretariat Marlis Sill ✧ Email: zaa@dpv-psa.de

Homepage: www.dpv-psa.de

Bankverbindung: Deutsche Apotheker- und Ärztekasse Berlin ✧ Kto-Nr. 000 549 25 21 ✧ BLZ 300 606 01
IBAN: DE 90 3006 0601 0005 492521/ BIC: (Swift-Code): DAAEDED

Stelle zu akzeptieren und Anschluss an autoritär strukturierte rechtsextreme Gruppierungen zu suchen.

Die transgenerationale Weitergabe autoritären Denkens wird durch kollektive psychohistorische Abwehrprozesse ergänzt. Sie dienen der Verleugnung der politischen Katastrophen der jüngeren deutschen Geschichte und der Abwehr der mit ihnen verbundenen seelischen Schmerzen, insbesondere der Scham- und Schuldgefühle. Der erste Weltkrieg sollte nach dem heutigen Stand der Geschichtsforschung den politischen und militärischen Eliten in Deutschland dazu dienen, Deutschland zur führenden Weltmacht zu machen. Er brachte Deutschland aber die Niederlage, den Verlust vieler Menschen sowie großer Teile des damaligen Reiches und mündete in eine lang anhaltende wirtschaftliche Not sowie politische Krise. Der Nationalsozialismus gewann mit seinem Versprechen, diese Geschichte zu revidieren, viele Anhänger. Durch die Konstruktion eines Bildes des Judentums, das für diese nationale Katastrophe verantwortlich sei, wurde eine kollektive Entlastung von den Gefühlen des Scheiterns, der Unterlegenheit, der anhaltenden Schwäche und Erniedrigung erreicht. Die mit diesen Gefühlen verbundenen kompensatorischen Hassgefühle und Vergeltungswünsche fanden im Antisemitismus und in der geschickt geschürten Kriegsbereitschaft der Bevölkerung ihren Ausdruck. Die politische Elite führte Deutschland aber mit der Judenverfolgung und dem zweiten Weltkrieg in eine neue, noch größere nationale Katastrophe. Es gibt auch heute weiterhin Gruppen in der Bevölkerung, die diese historischen Ereignisse nicht anerkennen, sondern verleugnen und rückgängig machen wollen.

Die notwendige Trauerarbeit konnten die Deutschen lange Zeit nicht leisten, wie Alexander und Margarete Mitscherlich gezeigt haben. Erst mit zunehmendem zeitlichem Abstand ist sie partiell möglich geworden. Aber immer noch gibt es Versuche der Verharmlosung der Geschichte. Sie findet ihren klarsten Ausdruck in den rechtsextremen Gruppierungen, die in der Reetablierung von rassistischem Fremdenhass, Führerkult und Gewaltorientierung die Enttäuschung über politische Führer mit einer erneuten Idealisierung abwehren. Es sind generationenübergreifende Prozesse der Abwehr von Trauer, Entidealisierung und Eingestehen des persönlichen wie kollektiven Versagens.

Autoritäre Strukturen finden sich nicht nur in Familien, sondern auch in staatlichen und gesellschaftlichen Institutionen, die nicht selten den Gestus des autoritären Obrigkeitsstaates früherer Zeiten beibehalten haben. Diese strukturelle Kontinuität wirkt sich bis heute aus als kulturelles Gedächtnis und hält in Institutionen ein entsprechendes Denken wach. Die Einsetzung von Untersuchungsausschüssen durch den Deutschen Bundestag und den Thüringischen Landtag, die insbesondere die Arbeit der zuständigen staatlichen Stellen im Umfeld des NSU zum Gegenstand haben, kann ein Schritt dahin sein, auch eine problematische politisch-kulturelle Tradition zu beleuchten.

Autoritäre familiäre und autoritäre staatliche Traditionen schaffen gemeinsam bei einem Teil der Bevölkerung eine latente Bereitschaft zu autoritärem Denken. In Verbindung mit Deprivationserfahrungen kann es paranoide Überzeugungen schaffen, selbst ein Opfer von vermeintlichen Benachteiligungen etwa gegenüber Migranten zu sein. Daraus erwachsende Gefühle der Entwertung und Bedrohung führen manche in rechtsextreme Gruppierungen. Deren rassistische Ideologien verwandeln Gefühle der Unterlegenheit und Ohnmacht in solche der Überlegenheit und Macht insbesondere dann, wenn sie in Gewalttaten umgesetzt werden.

Die Funktion der Gruppengemeinschaft

Für die Herstellung und Aufrechterhaltung dieses Gefühls der Überlegenheit spielt die Gruppenzugehörigkeit eine zentrale Rolle. Die rechtsextreme Gruppe wird insbesondere von Jugendlichen wie eine neue Familie erlebt, desto leichter, je mehr Elemente an die Herkunftsfamilie erinnern, etwa die autoritäre Struktur oder eine rechtsextreme Orientierung. Die Regression in der Gruppe, befördert durch gemeinsame Aktionen wie Trinken und Anhören rechtsradikaler Lieder, verschaffen Gefühle der Geborgenheit durch Erlebnisse der Zusammengehörigkeit, Nähe und Verbundenheit. Die gemeinsame Unterordnung unter eine Leitfigur im Sinne eines Gruppenführers, gemeinsame politische Ziele und äußere Feinde stärken die Gruppenkohäsion. Der äußere Feind ist ein äußerst wirksames Mittel, um innere Spannungen und daraus resultierende Aggressionen nach außen abzulenken. Das starke Gruppen- und Zusammengehörigkeitsgefühl führen zu einer Über-Ichentlastung, einer narzisstischen Aufwertung und dem Gefühl unüberwindbarer Stärke. Gefühle der Schwäche und Unterlegenheit, Ängste vor Statusverlust, Unsicherheit und Desorientierung in einer komplizierten Welt werden wirksam unterdrückt, sie erscheinen plötzlich nebensächlich.

Diese von einer Ideologie und einem starken Gemeinschaftsgefühl getragenen Gruppen üben auf einen Teil der Jugendlichen, die ursprünglich noch relativ wahllos nach Identifikationsangeboten suchen – so wechseln Jugendliche oft zwischen verschiedenen Gruppierungen hin und her und sind meistens ideologisch noch

nicht festgelegt –, eine große Anziehungskraft aus. Sie scheinen die Sicherheit einer Zugehörigkeit und die Klarheit und Übersichtlichkeit in der Beurteilung der Welt zu bieten, die viele Jugendliche suchen, wenn sie keine Hilfe in ihrer Orientierungssuche durch das Elternhaus erhalten oder wenn sie keine hinreichende Toleranz für Vielfaltigkeit und Differenz besitzen. Bei manchen Jugendlichen bestätigen rechtsextreme Gruppen aber auch eine bereits in der Familie oder ihrem Umfeld angelegte autoritäre oder bereits ausformulierte rechtsextreme Orientierung. Rechtsradikale Gruppierungen wenden sich heute gezielt an Jugendliche, sie suchen in der Jugendkultur mit Freizeitangeboten, Bands, Protestaktivitäten und anderen Elementen der Jugendkultur Fuß zu fassen. Sie nutzen dabei gezielt die Suche von Jugendlichen nach einer Orientierung aus.

Verstehen und Teilhabe als soziale Praxis

Der gesellschaftliche Umgang mit dem Rechtsradikalismus bedarf eines Zusammenspiels auf verschiedenen Ebenen. Auf der politischen Ebene muss der Wert einer freiheitlichen und demokratischen Gesellschaftsordnung vertreten und verfassungsmäßig sowie institutionell gesichert werden. Dazu gehört auch eine demokratische innere Struktur und bürgeroffene Arbeitsorganisation der staatlichen Institutionen.

Insbesondere für Jugendliche ist die Entwicklung einer egalitären, diskussionsfreudigen, demokratischen und toleranten Zivilgesellschaft wichtig. Heute existieren randständige Bevölkerungsgruppen, die in ihren Bildungschancen und Möglichkeiten der Persönlichkeitsentwicklung entscheidend benachteiligt sind. Sie benötigen oft nicht nur materielle, sondern mehr noch psychologische Hilfen in gefährdenden Milieus, etwa bei Gewaltexzessen, Missbrauch und Misshandlung in den Familien. Für Jugendliche ist eine demokratische Lebenspraxis, die ihnen Partizipation, Anerkennung und das Erlebnis gehört zu werden gibt, wichtig. Wer gelernt hat selbständig zu denken, wer Achtung im Umgang erfahren hat, wer mit seinen Problemen und seiner Meinung gehört und ernst genommen worden ist, wird sich nicht mehr entmündigenden autoritären Gruppen einfügen.

Die Mitglieder von ideologisch verfestigten, gewaltbereiten rechtsextremen Gruppen erreichen und aus ihren Gruppen herauslösen zu wollen ist sicherlich kaum möglich. Sie brauchen politische Konfrontation und strafrechtliche Konsequenzen.

Zielvorstellungen sind:

1. Die suchenden, sich noch orientierenden Jugendlichen brauchen Ansprechpartner, die ihnen den Weg zur liberalen Zivilgesellschaft offen halten. Sie brauchen soziale Integration und Teilhabe durch Bildung und Ausbildung, ggf. gezielte Förderung.
2. Ein wichtiges Element darin kann eine psychologische Begleitung sein, mit deren Hilfe sie erkennen können, dass ihre rechtsextreme Orientierung den Charakter eines Protestes, einer kritiklosen Identifizierung oder eines Selbstbehandlungsversuches trägt.
3. Für viele von ihnen dürfte eine akzeptierende, nachgehende und nachhaltig angelegte Jugendarbeit am aussichtsreichsten sein.
4. Jugendliche brauchen einen Ort, an dem sie sich zuhause fühlen können. Ihnen den zu bieten, ist eine Aufgabe, die nur bei einem Zusammenwirken aller Gruppen der Gesellschaft erfüllt werden kann.

Berlin, im Juli 2012,

Dr. Christoph E. Walker, Dr. Rainer Paul, Prof. Dr. Martin Teising
für die Deutsche Psychoanalytische Vereinigung.

Verfasser, DPV-Arbeitsgruppe „zum Rechtsradikalismus“: Prof. Dr. Georg Bruns, Prof. Dr. Michael Günter,
Prof. Dr. Gertrud Hardtmann